Stand: 15.12.2025 18:26:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9907

"Steuerverfahren Engelhorn"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9907 vom 03.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10543 des VF vom 15.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10804 vom 07.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 07.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.02.2016 **Drucksache 17/9907**

Antrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein SPD**

Steuerverfahren Engelhorn

Der Landtag wolle beschließen:

Die nach Medienberichten im Vergleich zum im Raum stehenden Steuerschaden vergleichsweise geringen Geldstrafen und Steuernachzahlungen hinterlassen ein Gefühl der Ungerechtigkeit in der Öffentlichkeit.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, gegenüber dem Landtag folgende Fragenkomplexe zu beantworten:

A. Aufhebung von Haftbefehlen ohne Auflagen

1. Welche Erwägungen bewogen die Staatsanwaltschaft, Antrag auf Aufhebung der Haftbefehle beim zuständigen Ermittlungsrichter zu stellen? Wer veranlasste zu welchem Zeitpunkt die Freilassung der Beschuldigten?
2. Angesichts des späteren Wohnsitz- und Staatsbürgerschaftswechsels der Beschuldigten C. und E. Engelhorn: Welche Erwägungen hielten die Staatsanwaltschaft davon ab, die Außervollzugsetzung der Haftbefehle gegen geeignete Auflagen (Meldung, Kaution, Passabgabe) zu beantragen?
3. Wer konkret hat diese Entscheidung getroffen?
4. Waren in diese Entscheidung der Staatsanwaltschaft die Steuerbehörden (u.a. Finanzamt Kaufbeuren und Bayerisches Landesamt für Steuern) rechtzeitig mit eingebunden bzw. zumindest rechtzeitig informiert?
5. Wer von Seiten der ermittelnden Staatsanwaltschaft war in die Entscheidung eingebunden und wer hat sie getroffen?
6. Handelte es sich um eine Berichtssache und wie lauteten ggf. die jeweiligen Stellungnahmen und Vermerke von Generalstaatsanwaltschaft und vom Staatsministerium der Justiz (StMJ)?

B. Ablauf der Ermittlungen generell

1. Wurden zur Aufklärung des Sachverhalts, insbesondere der verzweigten Trust-Strukturen, entsprechende Rechtshilfeersuchen gestellt?
2. Ggf. von wem und gegenüber welchen Staaten, ggf. warum nicht?
3. Wieviel Personal stand zur Bearbeitung des Vorgangs nach Übermittlung der Daten der Steuer-CD an den Freistaat Bayern durch das Land Nordrhein-Westfalen auf Seiten der Finanzverwaltung (u.a. Finanzamt Kaufbeuren und Bayerisches Landesamt für Steuern) und der Justiz jeweils zur Verfügung?
4. Wie ist die Situation heute bei ähnlich gelagerten Fällen?
5. Hält die Staatsregierung diese Personalausstattung bei Staatsanwaltschaft und Steuerbehörden für ausreichend und angemessen?

C. Abschluss der Verfahren

1. Wie waren Generalstaatsanwalt und Justizministerium und Finanzministerium in die Entscheidung des Verfahrensabschlusses mit einer „tatsächlichen Verständigung“ und mit Strafbefehlen mit einbezogen?
2. Ggf. wer und wann und mit welchen Positionierungen?
3. Welche Erwägungen, auf welchen tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen, stellten Generalstaatsanwaltschaft und StMJ zum Thema des Verjährungseintritts an?

D. Zusammenarbeit mit Schweizer Behörden

1. Sieht die Staatsregierung Handlungsbedarf gegenüber der Schweiz um in Zukunft zu gewährleisten, dass bei Verdacht von Steuerstraftaten eine Zusammenarbeit vonseiten der Schweiz erfolgt, auch wenn die Ermittlungen auf sog. Steuer-CDs etc. beruhen?
2. Welche Initiativen wird die Staatsregierung auf Bundesebene ergreifen, um entsprechende Forderungen zu unterstützen und nach vorne zu bringen?

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Nach Veröffentlichungen der Augsburger Allgemeinen vom 23. und 29. Januar 2016 sowie im Spiegel Nr. 4/2016 bzw. Spiegel-Online vom 23. Januar 2016 wurde „eines der größten deutschen Steuerverfahren“ mit einem „Deal“ beendet. Es geht dabei um den Vorwurf der Steuerhinterziehung u.a. durch C. Engelhorn und seine beiden jüngsten Töchter C. und E. Allein der akzeptierte Steuerschaden liege zwischen 135 und 145 Mio. Euro. Neben der Bezahlung dieses Schadens sei das Verfahren gegen die Töchter mit Strafbefehlen über jeweils 2,16 Mio. Euro (je 720 Tagessätze zu 3.000 Euro) eingestellt worden. Strafrechtliche Konsequenzen gegen C. Engelhorn gibt es angeblich nicht. Auslöser der Ermittlungen sei eine vom Land Nordrhein-Westfalen gekaufte Steuer-CD gewesen, auf der sich u.a. Daten der Familie Engelhorn befunden hätten.

Dem Verfahrensabschluss liege eine „tatsächliche Verständigung“ zwischen Finanzverwaltung und der Familie Engelhorn zugrunde. Diese wurde angeblich aufgrund einer „erschwerten Sachverhaltsermittlung“ abgeschlossen, da sich „mit einem vertretbaren Arbeits- und Zeitaufwand der Sachverhalt nicht weiter aufklären lasse.“ Gleichzeitig wurde bekannt, dass Ende 2013 die Töchter und ein bekannter Steuerfachanwalt der Familie für neun Tage in Untersuchungshaft waren, dann jedoch angeblich ohne Auflagen frei kamen. Im Anschluss übersiedelten die Töchter sofort in die Schweiz und wurden Schweizer Staatsbürgerinnen unter Aufgabe der deutschen Staatsbürgerschaft.

Dieser Sachverhalt wirft Fragen nach der Sachbehandlung durch die bayerischen Steuerbehörden und die Staatsanwaltschaft auf. Auch wenn aufgrund des Steuergeheimnisses nicht alle Details in öffentlichen Stellungnahmen oder Sitzungen bekannt gegeben werden können, hat das Parlament Anspruch darauf, die Handlungsweise der Verwaltung in angemessener inhaltlicher Tiefe zu kontrollieren und sich von der Rechtmäßigkeit der Tätigkeit zu überzeugen.

Auch in der Öffentlichkeit lösten die Berichterstattungen – insbesondere nach dem spektakulären Steuerfall Hoeneß und der in diesem Fall schon oft geäußerten Vorwurf des „Promibonus“ – eine Vielzahl von Spekulationen aus, ob es im Fall der Familie Engelhorn einen noch größeren „Bonus“ gegeben hat, und ob der Freistaat überhaupt von der Personalstärke in der Lage und gewillt ist, solch durchaus komplexe Verfahren bis zu einer möglichst vollständigen Aufklärung zu bringen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache** 17/**10543**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl u.a. SPD
Drs. 17/**9907**

Steuerverfahren Engelhorn

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im Einleitungssatz nach den Wörtern „Die Staatsregierung wird daher aufgefordert," das Wort „gegenüber" gestrichen wird und nach den Wörtern „dem Landtag" die Wörter „unter Beachtung des Steuergeheimnisses" eingefügt werden.

Berichterstatter: **Harald Güller**
Mitberichterstatter: **Andreas Lorenz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 18. Februar 2016 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 102. Sitzung am 15. März 2016 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.04.2016 **Drucksache 17/10804**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Harald Güller, Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein SPD**

Drs. 17/**9907**, 17/**10543**

Steuerverfahren Engelhorn

Die nach Medienberichten im Vergleich zum im Raum stehenden Steuerschaden vergleichsweise geringen Geldstrafen und Steuernachzahlungen hinterlassen ein Gefühl der Ungerechtigkeit in der Öffentlichkeit.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag unter Beachtung des Steuergeheimnisses folgende Fragenkomplexe zu beantworten:

A. Aufhebung von Haftbefehlen ohne Auflagen

1. Welche Erwägungen bewogen die Staatsanwaltschaft, Antrag auf Aufhebung der Haftbefehle beim zuständigen Ermittlungsrichter zu stellen? Wer veranlasste zu welchem Zeitpunkt die Freilassung der Beschuldigten?
2. Angesichts des späteren Wohnsitz- und Staatsbürgerschaftswechsels der Beschuldigten C. und E. Engelhorn: Welche Erwägungen hielten die Staatsanwaltschaft davon ab, die Außervollzugsetzung der Haftbefehle gegen geeignete Auflagen (Meldung, Kaution, Passabgabe) zu beantragen?
3. Wer konkret hat diese Entscheidung getroffen?
4. Waren in diese Entscheidung der Staatsanwaltschaft die Steuerbehörden (u.a. Finanzamt Kaufbeuren und Bayerisches Landesamt für Steuern) rechtzeitig mit eingebunden bzw. zumindest rechtzeitig informiert?
5. Wer von Seiten der ermittelnden Staatsanwaltschaft war in die Entscheidung eingebunden und wer hat sie getroffen?
6. Handelte es sich um eine Berichtssache und wie lauteten ggf. die jeweiligen Stellungnahmen und Vermerke von Generalstaatsanwaltschaft und vom Staatsministerium der Justiz (StMJ)?

B. Ablauf der Ermittlungen generell

1. Wurden zur Aufklärung des Sachverhalts, insbesondere der verzweigten Trust-Strukturen, entsprechende Rechtshilfeersuchen gestellt?
2. Ggf. von wem und gegenüber welchen Staaten, ggf. warum nicht?
3. Wieviel Personal stand zur Bearbeitung des Vorgangs nach Übermittlung der Daten der Steuer-CD an den Freistaat Bayern durch das Land Nordrhein-Westfalen auf Seiten der Finanzverwaltung (u.a. Finanzamt Kaufbeuren und Bayerisches Landesamt für Steuern) und der Justiz jeweils zur Verfügung?
4. Wie ist die Situation heute bei ähnlich gelagerten Fällen?
5. Hält die Staatsregierung diese Personalausstattung bei Staatsanwaltschaft und Steuerbehörden für ausreichend und angemessen?

C. Abschluss der Verfahren

1. Wie waren Generalstaatsanwalt und Justizministerium und Finanzministerium in die Entscheidung des Verfahrensabschlusses mit einer „tatsächlichen Verständigung“ und mit Strafbefehlen mit einbezogen?
2. Ggf. wer und wann und mit welchen Positionierungen?
3. Welche Erwägungen, auf welchen tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen, stellten Generalstaatsanwaltschaft und StMJ zum Thema des Verjährungseintritts an?

D. Zusammenarbeit mit Schweizer Behörden

1. Sieht die Staatsregierung Handlungsbedarf gegenüber der Schweiz um in Zukunft zu gewährleisten, dass bei Verdacht von Steuerstraftaten eine Zusammenarbeit vonseiten der Schweiz erfolgt, auch wenn die Ermittlungen auf sog. Steuer-CDs etc. beruhen?
2. Welche Initiativen wird die Staatsregierung auf Bundesebene ergreifen, um entsprechende Forderungen zu unterstützen und nach vorne zu bringen?

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hochschulen über Ergebnisse der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt informieren
Drs. 17/5934, 17/10612 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Todesfälle in staatlichen Einrichtungen
Drs. 17/6741, 17/10541 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

3. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Naloxonabgabe an geschulte medizinische Laien
Drs. 17/7131, 17/10534 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Erfassung und Löschung von Daten im Kriminalaktennachweis
der Bayerischen Polizei
Drs. 17/7880, 17/10473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert,
Arif Tasdelen u.a. SPD
Gesundheitsmanagement in Kindertageseinrichtungen
Drs. 17/8719, 17/10559 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonntagsarbeit bei der Deutschen Post
Drs. 17/8957, 17/10614 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert,
Arif Tasdelen u.a. SPD
Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ durch eigenes Landesprogramm für sprachliche
Bildung verstärken!
Drs. 17/8985, 17/10458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende jetzt! Bioenergie für Bayern
Drs. 17/9155, 17/10545 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende jetzt! Windkraft für Bayern I
Drs. 17/9156, 17/10546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende jetzt! Windkraft für Bayern II
Drs. 17/9157, 17/10547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende jetzt! Sonnenenergie für Bayern I
Drs. 17/9161, 17/10549 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende jetzt! Sonnenenergie für Bayern II
Drs. 17/9162, 17/10550 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Verwendung krebserregender Fasern bei der Firma Knauf
Drs. 17/9194, 17/10467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte u.a. SPD
Vorfall mit einem Brennelement in Gundremmingen
Drs. 17/9359, 17/10616 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Außergewöhnliche Vorfälle im AKW Gundremmingen
Drs. 17/9808, 17/10617 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Kreuzkräuter
Drs. 17/9361, 17/10679 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Aufgaben- und Belastungsanalyse in der bayerischen Verwaltung
Drs. 17/9383, 17/10447 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

18. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Dr. Harald Schwartz, Petra Guttenberger u.a. CSU
Rechtssicherheit im Geschäftsverkehr – Für ein Anfechtungsrecht mit Augenmaß
Drs. 17/9392, 17/10542 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

19. Antrag der Abgeordneten Berthold Rüth, Peter Winter, Tobias Reiß u.a. CSU
Digitalisierung und Bündelung von Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs für den kommunalen Raum
Drs. 17/9649, 17/10551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Abschaffung der Nachtzüge verhindern!
Drs. 17/9651, 17/10552 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Möglichkeiten für einen beschränkten Einsatz bzw. ein Verbot von Laubbläsern und Laubsaugern
Drs. 17/9689, 17/10468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD
Erlass einer landesgesetzlichen Regelung zur Feststellung der Brauchbarkeit von Jagdhunden
Drs. 17/9690, 17/10677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Andreas Lotte u.a. und Fraktion (SPD)
100 Mbit in jedes Haus
Drs. 17/9719, 17/10553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kaufprämie und Steueranreize zur Förderung von Elektroautos
Drs. 17/9724, 17/10554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD
Der Bayerische Untermain - ein Teil der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main
Drs. 17/9796, 17/10555 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entsorgungsnotstand bei Erdaushub und Bauschutt verhindern
Drs. 17/9806, 17/10470 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Plastikmüll verringern - Gebühr auf Einwegplastiktüten einführen
Drs. 17/9807, 17/10471 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Stärkung qualitativer Hilfsmittelversorgung durch Vertragsabschlüsse zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern
Drs. 17/9809, 17/10535 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lärmschutz an bestehenden Schienenstrecken und Straßen: Gleichstellung von Neubaustrecken und bestehenden Strecken
Drs. 17/9813, 17/10556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reduktion des Fluglärms
Drs. 17/9814, 17/10557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flächendeckende Versorgung mit geburtshilflichen Leistungen in Bayern sicherstellen
Drs. 17/9828, 17/10536 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zu den Kaiserschnittraten in Bayern
Drs. 17/9844, 17/10537 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Erwin Huber u.a. CSU
Global wettbewerbsfähiges Ökosystem Digital Health
Drs. 17/9846, 17/10558 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	ENTH

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Anpassung der Medizinhygieneverordnung
Drs. 17/9847, 17/10539 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Umsetzung des "Bayerischen Präventionsplans"
Drs. 17/9848, 17/10540 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Volkmar Halbleib,
Reinhold Strobl u.a. SPD
Steuerverfahren Engelhorn
Drs. 17/9907, 17/10543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Klaus Adelt u.a. SPD
Fachliche Empfehlungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln
Drs. 17/9191, 17/10414 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

38. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleichstellungsbericht unverzüglich vorlegen!
Drs. 17/9829, 17/10503

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerisches Gleichstellungsgesetz umsetzen: Gleichstellungsbericht vorlegen
Drs. 17/10190, 17/10502

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

40. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Wolfgang Fackler,
Dr. Gerhard Hopp CSU
Militärkonversion
Drs. 17/9974, 17/10490 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z